

## **MOTION**

### **von Grossrat (Suppl.) Aron Pfammatter, CVPO, und Mitunterzeichnenden betreffend "Bürokratie-Bremse" – Vorbeugen ist besser als Heilen (11.11.2009) 6.005**

Die Forderung nach einem Abbau der Bürokratie ertönt über alle Parteigrenzen hinweg immer wieder – insbesondere vor den Wahlen. Um dieser Forderung auch konkret Ergebnisse folgen zu lassen, braucht es stete Wachsamkeit, Konsequenz und etwas Sturheit.

Ein Ausbau der Bürokratie droht vor allem immer dann, wenn neue gesetzliche Erlasse anstehen. Dies ist deshalb der Zeitpunkt, in dem man sich bereits eingehend und vorausschauend mit der Frage der bürokratischen Konsequenzen befassen sollte. Damit dies geschieht und das Parlament in Kenntnis auch der bürokratischen Auswirkungen eines Erlasses seiner gesetzgeberischen Tätigkeit nachgehen kann, wird der Staatsrat hiermit aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen (Artikel 100 des Gesetzes über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten) in dem Sinne zu ergänzen, dass die Botschaften des Staatsrates zu seinen Vorlagen auch Auskunft geben müssen über die bürokratischen Konsequenzen der Vorlage (sowohl verwaltungsintern als auch in Bezug auf Bürger und Wirtschaft) beziehungsweise über die Vereinbarkeit der Vorlage mit den Anforderungen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung, soweit dazu substantielle Angaben möglich sind.

In Kenntnis dieser Angaben kann das Parlament (oder auch bereits der Staatsrat) frühzeitig auf die "Bürokratie-Bremse" treten und dafür sorgen, dass die anstehenden Regulierungen nicht zu unnötigen administrativen Belastungen unserer Unternehmen und Bürgern führen werden. Die bisherigen Auskünfte in den Botschaften zu den finanziellen Auswirkungen und dem Einfluss auf den Personalbestand sind zwar bereits wichtig, betreffen aber nur die Verwaltung und umfassen längst nicht alle Aspekte des um sich greifenden Bürokratismus.

Sitten, 11. November 2009  
(09.55 Uhr)

Aron Pfammatter, Grossrat (Suppl.), CVPO  
und Mitunterzeichnende